

Nr. 15/539

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Gesundheitswirtschaft als Standortfaktor
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 15. November 2000
(Drucksache 15/533)
D a z u
Mitteilung des Senats vom 12. Dezember 2000
(Drucksache 15/562)
2. Ausgleichsflächen im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 17. November 2000
(Drucksache 15/534)
3. Aktionsprogramm Flussgebiet Weser 2000 bis 2010
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 6. Februar 2001
(Drucksache 15/617)
4. Armut und Reichtum in Bremen
Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 7. Februar 2001
(Drucksache 15/619)
5. Berufsorientierung von Schülerinnen und Schülern – Zur Problematik des
Übergangs von der Schule in den Beruf
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 7. Februar 2001
(Drucksache 15/620)
6. Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes
Mitteilung des Senats vom 23. Januar 2001
(Drucksache 15/599)
2. Lesung
7. Gender Mainstreaming gezielt und konsequent umsetzen
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 27. Februar 2001
(Drucksache 15/638)
8. Gesundheit von Kindern und Jugendlichen: Entwicklung, Bewertung und Prä-
vention
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 28. Februar 2001
(Drucksache 15/641)
9. Gesetz zur Änderung des Bremischen Wahlgesetzes (Verringerung der Zahl
der Bürgerschaftsmitglieder)
Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 6. März 2001
(Drucksache 15/644)
1. Lesung

10. Gesetz zur Änderung des bremischen Wahlrechts (Verringerung der Zahl der Bürgerschaftsmitglieder, Wegfall der 5-Prozent-Klausel, Herabsetzung des Wahlalters)
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 12. März 2001
(Drucksache 15/655)
1. Lesung
11. Mitbestimmung in den Betrieben stärken und geänderten Bedingungen anpassen
Antrag (EntschlieÙung) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 6. März 2001
(Drucksache 15/646)

Nr. 15/540

Fragestunde

1. Aufträge an die Axon
Anfrage der Abgeordneten Dr. Helga Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Februar 2001
2. Förderung des Caritasverbandes Bremen e. V.
Anfrage der Abgeordneten Annedore Windler, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 21. Februar 2001
3. Zukunft des Rangierbahnhofs Bremen-Walle/Oslebshausen
Anfrage der Abgeordneten Töpfer, Kleen, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 22. Februar 2001
4. Wohnheimplätze
Anfrage der Abgeordneten Ursula Arnold-Cramer, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 23. Februar 2001
5. Wohnungsdurchsuchungen im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Kuhn, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. Februar 2001
6. Umsetzung des Gesetzes zur eingetragenen Lebenspartnerschaft
Anfrage der Abgeordneten Dr. Güldner, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27. Februar 2001

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

7. Übertragungsrechte für die Fußball-Weltmeisterschaften 2002 und 2006
Anfrage der Abgeordneten Anja Stahmann, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 1. März 2001

Diese Anfrage ist vom Fragesteller zurückgezogen.

8. Nickel in Euro
Anfrage der Abgeordneten Doris Hoch, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2. März 2001
9. Auswirkungen des Mora-C-Programms der DB-Cargo
Anfrage der Abgeordneten Schramm, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. März 2001
10. Auswirkungen neuer DB-Cargo-Strukturen auf Norddeutschland
Anfrage der Abgeordneten Töpfer, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 6. März 2001

11. Rentenstreichung für SS-Angehörige
Anfrage der Abgeordneten Günthner, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 6. März 2001

12. Bisherige Ergebnisse der Primaten-Forschung
Anfrage der Abgeordneten Dr. Käse, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 6. März 2001

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

13. Vorbeugende Maßnahmen zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche
Anfrage der Abgeordneten Imhoff, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 13. März 2001

14. Flugverspätungen am Flughafen Bremen durch Probleme bei der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH
Anfrage der Abgeordneten Kastendiek, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 15. März 2001

15. Nordseemuseum
Anfrage der Abgeordneten Schramm, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. März 2001

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 15/541

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Nr. 15/542

12. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über deren Tätigkeit vom 1. Januar 1998 bis 31. Dezember 1999

Mitteilung des Senats vom 5. September 2000
(Drucksache 15/443)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 12. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über deren Tätigkeit vom 1. Januar 1998 bis 31. Dezember 1999 Kenntnis.

Nr. 15/543

Bericht des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau zum 12. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über deren Tätigkeit vom 1. Januar 1998 bis zum 31. Dezember 1999 (Mitteilung des Senats vom 5. September 2000, Drs. 15/443) vom 6. März 2001

(Drucksache 15/649)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für die Gleichberechtigung der Frau Kenntnis.

Nr. 15/544

Internet für alle?! Zugangschancen und Mediennutzungskompetenz im Lande Bremen

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 28. November 2000
(Drucksache 15/544)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 19. Dezember 2000

(Drucksache 15/577)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/545

Aktionsprogramm „Internet für alle“ – Kommunikative Chancengleichheit durch öffentliche Internetzugänge und Erwerb von Mediennutzungskompetenz fördern

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. Februar 2001
(Drucksache 15/623)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/546

Zusammenhänge und Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung in und für Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 14. Dezember 2000
(Drucksache 15/570)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 13. März 2001

(Drucksache 15/659)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/547

Positive Einwohnerentwicklung im Lande Bremen

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 20. März 2001
(Drucksache 15/667)

Voraussetzung für eine weiterhin erfolgreiche Sanierungspolitik sowie für eine prosperierende Wirtschafts- und Einwohnerentwicklung sind zukunftsfähige Arbeitsplätze, attraktive Wohnungen, hochwertige Bildungsmöglichkeiten und vielfältige Kultur- und Freizeitangebote. Bremen muss im Standortwettbewerb mit anderen Städten und europäischen Regionen offensiv agieren, nicht zuletzt, weil Einwohnerverluste fiskalische Einbußen zur Folge haben. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung ist es für Bremen wichtig, ein Stadtimage zu entwickeln, das neben Familien auch junge und ältere Menschen anspricht.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ein Konzept zu erarbeiten, durch das die Umlandwanderung reduziert und die Attraktivität Bremens für neue Einwohnerinnen und Einwohner aus allen Bevölkerungsgruppen gestärkt wird.

Das Konzept sollte unter anderem folgende Punkte berücksichtigen:

- Schaffung überregional attraktiver Arbeitsplätze in zukunftsweisenden Branchen, da ein neuer Arbeitsplatz häufig das vorrangige Motiv für einen Wohnortwechsel ist;

- Anreize zur Entwicklung eines attraktiven Wohnungsangebotes in der Stadt und in Stadtrandlagen, das den Wohnvorstellungen unterschiedlicher Nachfragegruppen, neben Familien auch kleinen Haushalten (Menschen in Ausbildung und Studium, jungen Berufstätigen und älteren Menschen) entgegenkommt;
- Gewährleistung eines ausreichenden Flächenangebotes für Einfamilien- und Reihenhäuser in verschiedenen Stadtteilen;
- Fortschreibung des Programms „Bremer bauen in Bremen“ mit dem Ziel, die Eigentumsbildung sowohl in neuen Wohnbaugebieten als auch in Stadtteilen mit Geschosswohnungsbau und Quartieren mit zunehmenden Leerständen zu fördern;
- Entwicklung von Standortprofilen, wie z. B. Wohnen in der City oder Wohnen und Arbeiten;
- Modernisierung von Stadtquartieren und Stadtteilzentren zur Verbesserung der Lebensqualität;
- Erneuerung des Wohnungsbestandes in gewachsenen Stadtteilen und Quartieren des Geschosswohnungsbaus durch Modernisierung, Wohnraumvergrößerung und Förderung der Eigentumsbildung;
- die Schaffung einer bedarfsgerechten sozialen Infrastruktur einschließlich des Bildungsangebotes, das Bremen für Familien in allen Wohngebieten attraktiv hält;
- die Perspektive für attraktive Kulturangebote und Freizeiteinrichtungen.

Darüber hinaus soll ein Konzept zur besseren Vermarktung Bremens als Wohnstandort erarbeitet werden. Das Konzept soll auch eine Neubürgeragentur beinhalten, welche sich bei Neuansiedlungen oder Expansionen frühzeitig als Dienstleister anbietet, aber auch konkrete Informationen und Hilfestellung in Fragen der Umsiedlung gibt.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet die Erarbeitung eines solchen Konzeptes mit konkreten Maßnahmen und Vorschlägen zur finanziellen Absicherung im Rahmen der Haushaltsberatungen bis August 2001.

Nr. 15/548

Regelmäßige Berichterstattung über die Zusammenhänge und Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung in und für Bremen

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 20. März 2001
(Drucksache 15/671)

Der Senat wird gebeten, in regelmäßigen Abständen, mindestens alle zwölf Monate, über die ersichtlichen Bevölkerungsentwicklungen – insbesondere der Umlandentwicklung – der Bürgerschaft (Landtag) einen schriftlichen Bericht vorzulegen, der zudem eine diesbezügliche Bewertung und daraus abzuleitende Konsequenzen und Maßnahmen für die Sanierungspolitik des Landes Bremen enthält.

Nr. 15/549

Ausbau der B 74

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 11. Januar 2001
(Drucksache 15/589)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, dafür Sorge zu tragen, dass die notwendigen Mittel für den Ausbau der B 74 rechtzeitig zum Abschluss des Planverfahrens zur Verfügung gestellt werden, um damit die Realisierung dieser für den Wirtschaftsstandort Bremen-Nord unverzichtbaren Verkehrsbaumaßnahmen zum frühestmöglichen Zeitpunkt sicherzustellen.

Nr. 15/550

Mittelweser-Ausbau forcieren und Schleusen den Schiffsgrößenentwicklungen anpassen

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 6. Februar 2001
(Drucksache 15/618)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich erneut und deutlich gegenüber der Bundesregierung für den bereits im Jahre 1988 vereinbarten Ausbau der Mittelweser einzusetzen und deshalb vom Bund die Einhaltung des Mittelweser-Abkommens zu verlangen. Der Bund ist außerdem aufzufordern, den Ausbau zu beschleunigen.
2. Bei den Ausbaumaßnahmen sind die Schleusen in Dörverden und in Minden entsprechend den wirtschaftlichen Anforderungen auszubauen. Kleine Schleusenabmessungen würden zu einer künstlichen Verringerung der Leistungsfähigkeit der Mittelweser führen, da alle anderen Schleusen an der Wasserstraße mindestens über eine Länge von 190 m verfügen und damit in der Lage sind, jeweils zwei Binnenschiffe gleichzeitig aufzunehmen. Angesichts des erreichbaren starken Wachstums des Binnenschiffverkehrs, das sich aus den verkehrswissenschaftlichen Prognosen ergibt, würden zu kleine Schleusen den zeitlichen Verkehrsablauf wesentlich verzögern, die Transportkosten erhöhen und insbesondere den Containertransport mit kostengünstigeren größeren Schiffsgefäßen verhindern.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auch auf, mit dem Land Niedersachsen über eine Finanzierungsbeteiligung an dem Mittelweserausbau erneut zu verhandeln. Eine leistungsfähige Binnenwasserstraße Mittelweser hat nicht nur für die bremischen Häfen, sondern ganz besonders auch für die niedersächsischen Unterweserhäfen und für einige weitere Wirtschaftsregionen im benachbarten Bundesland erhebliche infrastrukturelle Vorteile.

Nr. 15/551

Schutz von Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren vor Alkohol und Tabakkonsum

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 12. Dezember 2000
(Drucksache 15/568)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 20. Februar 2001

(Drucksache 15/627)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/552

Vorbereitung der Euro-Bargeldeinführung zum 1. Januar 2002

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. Januar 2001
(Drucksache 15/596)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 20. Februar 2001

(Drucksache 15/628)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/553

Vertrauen in die Euro-Einführung stärken

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. März 2001
(Drucksache 15/657)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.